



Bundesverband RIAS e.V.
Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus



KOAS
KOMPETENZZENTRUM
ANTISEMITISMUSKRITISCHE
BILDUNG & FORSCHUNG



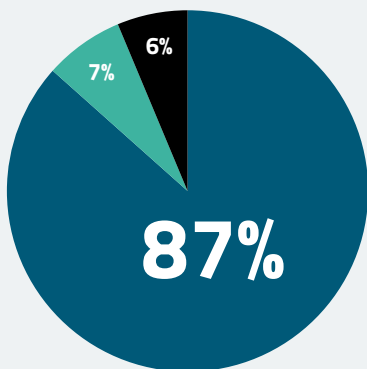
YOUTH-SAFETY-BY-DESIGN JETZT UMSETZEN

Ein Call to Action gegen digitale Gewalt und Antisemitismus

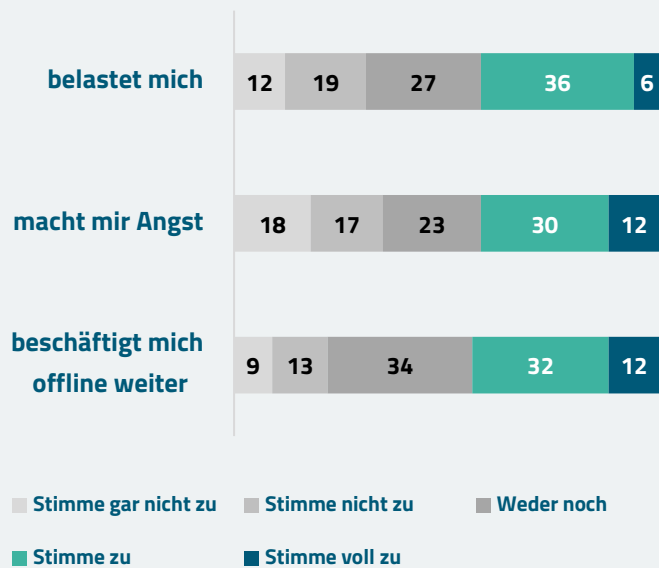
Kinder und Jugendliche verbringen heute einen Großteil ihres Lebens online – doch anstelle von sicheren Lern- und Begegnungsräumen sind sie dort immer häufiger Hass und digitaler Gewalt ausgesetzt, insbesondere vulnerable Gruppen sind von dieser Gewalt zunehmend betroffen; mit diesem Policy Brief legen wir - der Hub für Cybersicherheit und Digitale Resilienz (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, Bundesverband RIAS, HateAid, Klicksafe, Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung) - den speziellen Fokus auf die Erfahrungsräume jüdischer Jugendlicher in Bezug auf Antisemitismus Online und schlagen konkrete Maßnahmen vor, um ihre Teilhabe zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Hast du in den letzten 12 Monaten antisemitische Inhalte auf Online-Plattformen gesehen?

■ Ja ■ Nein ■ Weiß nicht



Was ich online sehe... (in Prozent)



* Umfrage "Wahrnehmung und Umgang von jüdischen Jugendlichen mit Antisemitismus Online"

Umfragezeitraum: 01.07.2025-31.08.2025, Teilnehmende: n=100, Altersgruppe: 12-27 Jahre (Großteil der Teilnehmenden zwischen 12-18 Jahren)

Hintergrund:

Für Kinder und Jugendliche sind digitale Räume zu zentralen Orten des sozialen Austausches und der Informationszugänge geworden. Laut **JIM-Studie 2025** wickeln Jugendliche einen Großteil ihrer Kommunikation und Informationsaufnahme über digitale Kanäle ab. Das **Diskussionspapier der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina sowie die DAK-Studie** zur Mediennutzung 2024 zeigen, dass 94 % der Mädchen und 90 % der Jungen zwischen 14 und 17 Jahren soziale Medien mindestens einmal pro Woche nutzen – mit durchschnittlich 157 Minuten werktags und 227 Minuten am Wochenende. Während moderate Nutzung positive Effekte wie Selbstreflexion, soziale Unterstützung und politische Meinungsbildung fördern kann, mehren sich bei intensiver Nutzung die negativen Folgen wie Leistungsabfall, psychische Belastungen und Konfrontation mit Cyberbullying, Hasskommentaren und extremistischen Inhalten. Laut der Studie **“In meinem Netz soll es keine Gewalt geben“ von HateAid und der Universität Klagenfurt** haben 54 % der 14- bis 17-Jährigen bereits Hass im Netz beobachtet, 23 % waren selbst betroffen; bei den 18- bis 27-Jährigen liegt die Betroffenheit sogar bei 29,6 %. 39 % der Betroffenen fühlen sich durch digitale Gewalt bedroht, doch das Vertrauen in Schutzstrukturen ist gering: nur 13 % vertrauen sozialen Netzwerken, 24 % der Justiz und 34 % Beratungsstellen. 35 % der jungen Erwachsenen berichten von psychischen Problemen infolge digitaler Gewalt – ein klarer Handlungsauftrag für Politik, Bildung und Plattformen, das Internet zu einem sicheren Raum zu machen.

Besonders vulnerable und marginalisierte Gruppen sehen sich in Online-Räumen, insbesondere auf Social Media, mit Hass, Gewalt und Formen der Menschenfeindlichkeit konfrontiert, die sich direkt und indirekt gegen sie richten. Die dritte europaweite **Umfrage „Experiences and perceptions on antisemitism“ der FRA (Fundamental Rights Agency der Europäischen Kommission) von 2024** zeigt, dass bereits vor dem 7. Oktober 2023 rund 90% der befragten Jüdinnen und Juden in Europa Antisemitismus online wahrgenommen haben; insbesondere jüngere Menschen begegneten antisemitischen Inhalten häufig auf Instagram, X (vormals Twitter) und TikTok (FRA, 2024). Laut dem aktuellen **Jahresbericht 2024 des RIAS-Bundesverbandes** ist der Anteil antisemitischer Vorfälle im Online-Bereich weiterhin hoch, wobei insbesondere Social-Media-Plattformen als zentrale Orte der Verbreitung identifiziert werden (RIAS, Jahresbericht 2024). Qualitative Studien zeigen, dass antisemitische Botschaften häufig in codierter, impliziter oder jugendkulturell gerahmter Form auftreten und von Jugendlichen nicht immer eindeutig erkannt werden (Becker et al., Decoding Antisemitism, 2024; Grimm, Jugendkultureller Antisemitismus, 2023). Die **Beratungsstatistik 2023-2024 des Beratungsstellenverbundes für antisemitische Gewalt und Diskriminierung OFEK e.V.** hält fest, dass sich im ersten Jahr nach den Massakern vom 7. Oktober 2023 der Bedarf an der Beratung bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung verfünffacht hat. Er verzeichnet in der Verteilung der Beratungsfälle auf gesellschaftliche Bereiche seit Oktober 2023 den höchsten Anstieg im Bereich Medien/Internet mit 636 Fällen seit Oktober 2023 (OFEK Beratungsstatistik 2023-2024). **Studien des Kompetenzzentrums antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS)** belegen zudem, dass Schulen und Lehrkräfte im Umgang mit Antisemitismus und Betroffenen oft nur eingeschränkt handlungsfähig sind (Chernivsky/Lorenz-Sinai 2023).

Dennoch ist wenig darüber bekannt, wie jüdische Jugendliche die Beobachtungen antisemitischer Äußerungen und Narrative, insbesondere infolge des 7. Oktober 2023 wahrnehmen und einordnen, die sich nicht direkt gegen sie richten, welche Auswirkungen sie auf ihr Wohlbefinden, ihr Sicherheitsgefühl und ihre Wahrnehmung der gesellschaftlichen Stimmungslage haben und wie sie im Alltag damit umgehen (vgl. FRA, 2024; RIAS, Jahresbericht 2024). Die Studie zu Auswirkungen des 7. Oktober auf die jüdische und israelische Community zeigt auf, dass Antisemitismus alle sozialen Sphären durchdringt - so auch den digitalen Raum (vgl. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2025).

Das vorliegende nichtöffentliche Policy Brief wurde von im Hub für Cybersicherheit und Digitale Resilienz zusammengeschlossenen Organisationen mit einschlägiger Expertise in den Bereichen Antisemitismus und Gewaltstrukturen sowie ihre Bekämpfung im Online-Raum (namentlich: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, Bundesverband RIAS, HateAid, Klicksafe, Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS) formuliert.

Basis für die folgende Analyse und die konkreten daraus abgeleiteten Forderungen sind eine Übersicht und Zusammenführung der aktuellen Datenlage und eine erstmalig durchgeführte Umfrage, deren Fragestellungen sich aus Leerstellen des aktuellen Forschungsstandes ergaben. Diese Umfrage zu **“Wahrnehmung und Umgang von jüdischen Jugendlichen mit Antisemitismus Online“** führte die ZWST auf ihren diesjährigen Jugendbildungsaufenthalten unter 100 Teilnehmenden durch. Die Ergebnisse der Umfrage liefern ein erstes Stimmungsbild und unterstreichen die Notwendigkeit, in diesem Bereich weitere Evidenz zu schaffen.

Design der Umfrage **“Wahrnehmung und Umgang von jüdischen Jugendlichen mit Antisemitismus Online“**

Umfragezeitraum: 01.07.2025-31.08.2025

Teilnehmende: n=100, Altersgruppe: 12-27 Jahre (Großteil der Teilnehmenden zwischen 12-18 Jahren)

Im Rahmen der Jugendbildungsaufenthalte 2025 der ZWST wurde eine Online-Umfrage unter 100 jüdischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen (12–27 Jahre, überwiegend 12–18 Jahre) durchgeführt, begleitet vom Hub für Cybersicherheit und Digitale Resilienz.

Die Online-Umfrage sollte ein Stimmungsbild zu Wahrnehmung, Deutung und Verarbeitung antisemitischer Botschaften in Online-Medien aus der Perspektive jüdischer Jugendlicher erfassen. Untersucht werden sollte, wie häufig und in welchen Formen antisemitische Inhalte wahrgenommen werden, welche Auswirkungen dies auf das individuelle Wohlbefinden, das Sicherheitsgefühl und die Einschätzung der gesellschaftlichen Stimmung hat, wie Jugendliche mit solchen Erfahrungen umgehen und welche Rolle das soziale Umfeld dabei spielt. Zudem sollte erhoben werden, wie Jugendliche die Verbindung zwischen Online- und Offline-Erfahrungen einschätzen und welche Bedarfe sie für den Umgang mit Antisemitismus in Online-Räumen sehen.

Der Hub für Cybersicherheit und Digitale Resilienz wurde unter Federführung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ins Leben gerufen, um Expertise in den Bereichen Online-Sicherheit, digitale Gewaltprävention mit besonderem Fokus auf Antisemitismus und Bekämpfung von Desinformation zu bündeln. Das übergeordnete Ziel des Hubs zur Cybersicherheit und Resilienz besteht darin, sich interdisziplinär im Bereich der Online-Sicherheit zu vernetzen, Schnittstellen zu identifizieren, bestehende Kooperationen zugunsten von Betroffenen auszubauen und gemeinsam konkrete Handlungsoptionen sowie Hilfestellungen für Betroffene verschiedener Diskriminierungsformen online anzubieten, die von Hass und Desinformation betroffen sind.

Im ersten gemeinsamen Positionspapier des Hub für Cybersicherheit und Digitale Resilienz, das im März 2025 veröffentlicht wurde, forderte das Bündnis, dass Politik, Plattformen und Zivilgesellschaft endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, um digitale Gewalt und Antisemitismus zu bekämpfen – etwa durch konsequente Rechtsdurchsetzung, verbindliche Moderationsstandards (z. B. durch die Anwendung der IHRA-Definition), bessere Unterstützung und Schutz für Betroffene, mehr Transparenz bei Algorithmen, Moderation und Meldewegen sowie ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen für Prävention und Aufklärung. (https://zwst.org/sites/default/files/2025-03/CyberSecurityHub_Positionspapier_17032025.pdf)

Zentrale Befunde:

86,5 % der Teilnehmenden haben in den letzten 12 Monaten antisemitische Inhalte online gesehen, fast die Hälfte davon sehr häufig – vor allem in Form von Beleidigungen, Bedrohungen und Mobbing. 42 % berichten von Angst und Belastung durch diese Inhalte, 44 % beschäftigt das Gesehene auch offline weiter, und 13,5 % erleben körperliche oder psychische Folgen. 28 % fühlen sich dadurch im Alltag stark beeinträchtigt, und 41 % wissen nicht, wie sie auf Antisemitismus reagieren sollen – weder online noch offline. Die Ergebnisse zeigen, dass antisemitische Online-Erfahrungen das Sicherheitsgefühl und Wohlbefinden jüdischer Jugendlicher erheblich beeinflussen und die digitale Lebensrealität stark prägen. Gleichzeitig empfinden viele Jugendliche soziale Medien als wichtigen Teil ihres Lebens und wünschen sich Schutz, Orientierung und Unterstützung im Umgang mit digitalen Bedrohungen.

Vergleichsanalyse mit Befunden der Beratungsstelle OFEK e.V.:

Die ZWST-Erhebung 2025 zeigt: 86,5 % der befragten Jugendlichen sahen in den letzten 12 Monaten antisemitische Inhalte online. Diese Ergebnisse decken sich mit Beratungsdaten von OFEK e.V., wo viele Kinder und Jugendliche von zunehmendem Antisemitismus in ihrem Umfeld berichten. Häufig werden sie direkt in Klassenchats angesprochen, bedroht oder mit Inhalten wie Hamas-Videos und antisemitischen Symbolen (z. B. rote Dreiecke, rechte Grußformeln) konfrontiert. Betroffene müssen den Täter:innen oft im Schulalltag unmittelbar wieder begegnen. OFEK dokumentiert zudem, dass digitale Gewalt und analoge Erfahrungen eng miteinander verflochten sind – online oft entfesselter, mit spürbaren Bedrohungen im realen Leben. Viele Betroffene schränken seit dem 7. Oktober 2023 ihr jüdisches Leben sichtbar ein, vermeiden es, ihre Identität offenzulegen oder verbergen Symbole im öffentlichen Raum. In der Studie zu den Auswirkungen des 7. Oktober äußern sich Eltern, aber auch Jugendliche (weitere Erhebungen mit Jugendlichen sowie Studierenden sind in Planung), dass sie mit Antisemitismus in sozialen Medien, auf digitalen Plattformen und in Chats konfrontiert sind (vgl. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2025).

Fazit:

Die Nutzung von Online-Plattformen ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, sich zu vernetzen und über Politik und Gesellschaft zu informieren, sie empfinden die Nutzung sozialer Medien als wichtigen Teil ihres Lebens und die moderate Nutzung dieser kann positive Effekte haben. Vor allem bei intensiver Nutzung Sozialer Medien mehren sich jedoch auch die negativen Auswirkungen der Nutzung sozialer Medien für die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen. Die Forschenden der Leopoldina weisen darauf hin, dass die Geschwindigkeit technologischer Entwicklungen die wissenschaftlichen Erkenntnisse übersteigt. Gleichzeitig zeigen sich die Online-Plattformen, vor allem sehr große Online-Plattformen, intransparent und verweigern u.a. den Zugang zu Daten, der für die Erforschung ihrer Funktionsweise und systemischer Risiken für Kinder und Jugendliche erforderlich wäre. Daher gebietet die Anwendung des Vorsorgeprinzips, als anerkannter ethischer und rechtlicher Standard, ein rasches Handeln. Mit Fokus auf Umfang und Erfahrungen jüdischer Jugendlicher in Online-Räumen zeigt sich, dass sie in sozialen Netzwerken antisemitischen Inhalten ausgesetzt sind, sie der Umgang hiermit stark herausfordert und in einigen Fällen ihre Lebensräume online wie offline einschränkt. **Mehr als ein Viertel fühlt sich daher nicht sicher in digitalen Räumen.** Ein Großteil beschäftigt dies, sie spüren die Auswirkungen dessen, was sie online sehen, im analogen Leben, bei 13,5 % sind dies konkrete körperliche und psychische Folgen, 42 % macht es Angst. Die Debatte um den Schutz von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum wird kontrovers geführt. Einigkeit scheint allein in der Tatsache zu bestehen, dass Kinder und Jugendliche in sozialen Medien nicht den gleichen Inhalten, Gefahren und Suchtpotenzialen ausgesetzt sein sollten, wie Erwachsene. Mit Fokus auf jüdische Kinder und Jugendliche lässt sich feststellen, dass diese online mit antisemitischen Gewaltformen als zusätzliche Belastungsebene konfrontiert sind, die sich negativ auf ihr Sicherheits- und Wohlbefinden auswirken.

Die Organisationen des Hub plädieren mit diesem Papier für eine Priorisierung von Sicherheitsmaßnahmen in digitalen Kontexten, die die Wichtigkeit dieser Räume, insbesondere für junge Zielgruppen im Blick haben und gleichzeitig den Schutz dieser gewährleisten wollen.

Was Bund, Länder und Plattformen jetzt tun müssen



Trusted-Flagger-Netzwerk stärken: Zivilgesellschaftliche Organisationen als anerkannte Stellen mit Vorrang-Behandlung antisemitischer Inhalte und digitaler Gewalt gegen Minderjährige etablieren.



Youth-Safety-by-Design verpflichtend einführen: Große Plattformen müssen ihre Dienste so gestalten, dass Risiken für Kinder und Jugendliche von Beginn an minimiert werden. Online-Plattformen müssen Vorgaben des Kinder- und Jugendschutzes umsetzen. Die EU-Kommission hat zuletzt für sehr große Online-Plattformen Leitlinien zur Risikominimierung nach Art. 28 Digital Services Act erstellt. Die Aufsicht über deren Umsetzung muss konsequent und so bald wie möglich erfolgen.



Altersgrenzen wirksam machen: Solange Online-Plattformen keine Anstrengungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen ergreifen, müssen Altersbeschränkungen als ultima ratio zur Wahrung des Vorsorgeprinzips eine Option sein. Diese sind größtenteils auch seitens der Plattformen bereits vorgesehen, werden jedoch nicht nachgehalten. Diese müssen in Deutschland und auf europäischer Ebene wirksam gemacht werden.



Evidenz und Forschung sichern: Plattformen zum datenschutzkonformen Zugang für Forschung und Aufsicht verpflichten, um Risiken für Jugendliche wissenschaftlich messbar zu machen. Standardisierte Erfassung antisemitischer Inhalte und weiterführende wissenschaftliche Untersuchung von Wahrnehmung und Umgang von jüdischen Jugendlichen mit Antisemitismus Online sind notwendig.



Betroffene in den Mittelpunkt stellen: Beratung, psychosoziale und rechtliche Unterstützung für Jugendliche flächendeckend ausbauen und direkt mit Meldewegen in Plattformen verknüpfen, die Betroffene mit Beratungsorganisationen mit betroffenenzentrierter Expertise verbinden.



Medienkompetenz systematisch verankern: Für den Schutz, die Befähigung und die sichere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen braucht es ein breites, gesellschaftliches Bündnis aus Eltern, Schule, Gesetzgeber und Unternehmen. Medienbildung muss antisemitismussensibel und altersgerecht verankert werden – schulisch, außerschulisch, gemeinsam mit Eltern und in Curricula der Lehrkräfteausbildung eingebunden.



Transparenz schaffen: Plattformen müssen halbjährlich nachvollziehbare Berichte mit nachvollziehbare Berichte veröffentlichen – z. B. zu Zahl und Art jugendschutzrelevanter Verstöße (Hassrede, Antisemitismus, Cybergrooming), Bearbeitungszeiten von Meldungen oder Reichweite schädlicher Inhalte – und extern prüfen lassen. Darüber hinaus muss seitens der Aufsichtsbehörden sichergestellt werden, dass der Schutz- von Kindern und Jugendlichen in den Berichten zur Risikobewertung und -minderung nachvollziehbar und evidenzbasiert ausgewiesen werden.